

Schweiz subventioniert China

Online-Billighändler aus dem Reich der Mitte fluten den hiesigen Markt. Unternehmer kritisieren, dass die Chinesen von tiefen Versandkosten profitierten, während die Hürden für Schweizer Firmen immer höher würden. Wie kann das sein? Die Spur führt zum Weltpostverein mit Sitz in Bern.

Philipp Gut

Werner Bosshard reicht's. Der Patron des Schweizer Familienunternehmens Bea Swiss AG in Brugg, das bereits in dritter Generation im Versandhandel insbesondere mit Spiel- und Bastelwaren tätig ist und die bekannten Bea-Sammelpunkte erfunden hat, kritisiert die sich verschlechternden Rahmenbedingungen in der Schweiz – und die

Das KMU musste eine Vollzeitstelle schaffen, um die «irrsinnige Datenflut» zu bewältigen.

Benachteiligung von Schweizer Unternehmen gegenüber chinesischen Billighändlern. «Temu und Co. fluten den Schweizer Markt mit ihren Schrottprodukten – und dabei werden sie erst noch bevorteilt», so Bosshard. Er spricht von einem «Wettbewerbsnachteil» und einer «Wettbewerbsverzerrung» zuungunsten einheimischer Unternehmen und fordert «gleich lange Spiesse für alle Marktteilnehmer».

Wildwestmethoden

Auch der Detailhandelsverband Swiss Retail Federation wehrt sich und hat gegen Handelsriebe Temu Beschwerde beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) eingereicht. Weitere Verbände haben sich der Klage angeschlossen. Es bestehe ein «erheblicher Verdacht auf widerrechtliches Werben mit Prozentrabatten und durchgestrichenen Preisen sowie wiederholtes Werben mit Angeboten unter Einstandspreisen sowie Irreführung über die Verfügbarkeit der Angebote», sagt Dagmar Jenni, Direktorin des Detailhandelsverbands. Das Seco muss nun untersuchen, ob Temu gegen das Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb sowie gegen die Preisbekanntgabeverordnung verstösst.

Es könne nicht sein, dass für chinesische Anbieter auf demselben Markt andere Regeln gälten als für Schweizer Unternehmen, betont Jenni. Sonst entstehe der Eindruck, die heimischen Händler würden peinlich genau reguliert und überwacht,

während die Konkurrenz aus China unbehelligt bleibe. Das goutierten die hiesigen Unternehmen «verständlicherweise» nicht, und auch deshalb müsse der Bund, allen voran das Staatssekretariat für Wirtschaft, konsequent und zügig gegen missbräuchliche Praktiken einschreiten. Konkret erwähnt Jenni auch die oftmals fehlende Produktsicherheit der Billigimporte aus China. Diese Kritik wird bestätigt durch einen Test, den der Spielwarenverband Schweiz in Auftrag gegeben hat. Das Resultat: Fünfzehn der getesteten Spielwaren von Temu und Shein wären in der Schweiz «nicht verkehrsfähig» gewesen, sechs davon hätten «umgehend zurückgerufen» werden müssen.

Der faktische Freipass für das mitunter an Wildwestmethoden erinnernde Geschäftsgedaren der Chinesen steht im Kontrast zu den ständig steigenden bürokratischen und Umweltauflagen in der Schweiz. «Während bei den Importen aus China grosszügig weggeschaut wird, werden wir zu Tode reguliert mit Produktionszertifizierungen und Labortests bis zur letzten Kommastelle in der Gebrauchsanweisung», sagt Bea-Verwaltungsratspräsident Bosshard. Das verteuere die Produkte um 10 bis 20 Prozent. Das Brugger KMU musste gar eine Vollzeitstelle schaffen, um die «irrsinnige Datenflut» zu bewältigen, die mit den Vorschriften verbunden ist.

«Geschenke»?

Neben dem Verdacht auf unlauteren Wettbewerb sowie den Bedenken punkto Sicherheit und Umwelt ste-

hen noch weitere Vorwürfe im Raum. Dabei geht es um die Verzollung und die in der Schweiz fällige Mehrwertsteuer. Es gebe Hinweise, dass chinesische Händler falsche Zolldeklarationen vornähmen, indem sie Sendungen als «Geschenke» kennzeichneten oder den Warenwert zu tief angäben, berichtet ein Insider.

Ein weiterer Punkt, der Schweizer Unternehmer umtreibt und sie an einem fairen Wettbewerb zweifeln





lässt, sind die Versandkosten. Denn die Warenlieferungen aus China sind mit erstaunlich niedrigen Portokosten belastet (nur gut 2 Franken bis 2 Kilogramm und 90 Zentimeter), während Sendungen in die umgekehrte Richtung um ein Vielfaches teurer zu Buche schlagen. Wie kann es also sein, dass ein Milliardenkonzern wie Temu günstigere Bedingungen vorfindet als ein Schweizer KMU, das nach China exportieren will, ja, dass es gar billiger ist, ein Paket von China in die Schweiz zu senden als innerhalb der Schweiz zum Beispiel von Zürich nach Bern?

Chinesen gnadenlos

Die Antwort auf diese Frage liegt massgeblich beim Weltpostverein, einer Uno-Unterorganisation mit Sitz in Bern. Dieser durchaus mächtige und stolze Klub «legt die Regeln für den internationalen Postverkehr fest» (Selbstbeschreibung). «Die Schweizerische Post ist verpflichtet, alle grenzüberschreitenden Sendungen nach den Regeln des Weltpostvertrags zu verarbeiten und zuzustellen», hält das Bundesamt für Kommunikation (Bakom) fest. Der Vertrag regelt auch die Entschädigung für die Zustellung solcher Sendungen – durch ein sogenanntes Endkostenvergütungssystem, das im Detail mindestens so kompliziert ist, wie es klingt.

Der Weltpostverein versteht seine Aufgabe dabei auch in einer Art postalischen Entwicklungshilfe mit Zwangssolidaritätscharakter: Entwicklungsländer sollen von billigeren Tarifen auf Kosten der besser entwickelten Staaten profitieren. Und hier nun wird es interessant: Die Chinesen nutzen das gnadenlos aus, auch wenn sie längst zu einer der stärksten Volkswirtschaften und zu einem der einflussreichsten Global Player geworden sind. Es brauchte einen furchtlosen Berserker vom Schlage eines Donald Trump, der in seiner Präsidentenzeit aufgrund dieser offenkundigen Wettbewerbsverzerrung zugunsten der chinesischen Giganten mit einem Austritt der USA aus dem Weltpostverein drohte und einen ausserordentlichen Weltpostkongress erzwang, auf dem es gelang, eine gewisse Korrektur einzuleiten. Auch eine Schweizerische Post zahlte also für die Zustellung der chinesischen Massen-

ware drauf – eine indirekte Subventionierung der ausländischen Konkurrenz auf dem Buckel der Schweizer Unternehmen und letztlich der Schweizer Steuerzahler.

Das neu ausgehandelte System erlaubt es, die Entgelte für kleinere Importsendungen bis 2025 zu erhöhen, bis zu einem maximalen Wert von 70 Prozent der Inlandpreise. Sie habe «bisher den ihr zustehenden Spielraum ausgenutzt und die Endvergütungen jeweils maximal erhöht», gibt die Schweizerische Post zur Auskunft. Das gelte insbesondere auch für die Entgelte, welche sie von der chinesischen Post für diese Sendungen erhalte.

Neben betroffenen Unternehmern kritisiert auch der Bund in Gestalt des Bakom den Weltpostverein: «Der stark wachsende Onlinehandel rechtfertigt diese Praxis nicht mehr und führt vielmehr dazu, dass diese Länder (China u. a., die Red.) einen zusätzlichen Wettbewerbsvorteil erlangen.» Diese «Marktverzerrung» werde nun schrittweise beseitigt. Im «aktuellen Vergütungssystem» falle die Entschädigung für Sendungen insbesondere aus asiatischen Ländern aber immer noch «teilweise zu gering» aus, die Kosten seien «nicht immer» gedeckt, so das Bakom, während die Post mitteilt, mittlerweile nicht mehr draufzuzahlen. Der Weltpostverein antwortete nicht auf Fragen der *Weltwoche*.

Grenze des Erlaubten

So oder so bleibt die Tatsache, dass Sendungen aus China äusserst preiswert sind. Es ist ein Rätsel, wie diese Preise überhaupt zustande kommen. Hartnäckig halten sich Gerüchte, dass der chinesische Staat im Hintergrund Exportsendungen subventioniere. Sicher ist: Die Chinesen sind skrupellos und schlau

Hartnäckig halten sich Gerüchte, dass der chinesische Staat Exportsendungen subventioniere.

genug, an die Grenze des Erlaubten und darüber hinaus zu gehen, um Fakten zu schaffen und ihre Marktposition in Europa und in der Welt zu verbessern.

Dabei profitieren sie nicht zuletzt davon, dass sie durchs Band wesentlich tiefere Anforderungen und Auflagen haben als die Wettbewerber insbesondere aus der Schweiz. Ein Beispiel ist die vorgezogene Recycling-Gebühr für Elektrogeräte: Solche Dinge sind bei uns eingepreist, sprich: Der Kunde bezahlt dafür schon im Voraus, wenn er das Gerät kauft. Der Chinese lacht darüber nur, bietet sich ihm doch dadurch ein weiterer Wettbewerbs- und Preisvorteil.

«Sollte sich mittelfristig nichts ändern, sind wir gezwungen, unsere Artikel direkt aus China zu versenden, wo die meisten auch produziert werden», bilanziert Bea-Chef Bosshard.



INSIDE WASHINGTON

Goodbye, Joe Biden!

Präsident Joe Biden soll am Montagabend am Parteitag der Demokraten in Chicago eine mitreissende Rede gehalten haben. Verehrte Leser, Sie werden es mir hoffentlich nachsehen, dass ich das 45-Minuten-Opus verpasst habe. Die Veranstaltungsorganisatoren haben nach Kräften dafür gesorgt, dass möglichst wenig Leute «Old Joes» letzten Auftritt mitbekamen. Nachdem prominente Parteigrössen während der besten Sendezeit aufmarschiert waren, durfte der nominelle Führer der freien Welt schliesslich um kurz vor halb zwölf Ortszeit seine Rede halten.

Biden versicherte, gelegentlich emotional werdend, dass er seine demütigende Degradierung niemandem übelnehme. Er versprach, «der beste Wahlkampfhelfer zu sein, den das Team Harris/Walz je gesehen hat». Wenn der Ablauf des Parteitags am Montag aber etwas bewies, dann den Wunsch der Demokraten, dass Biden in den letzten Wochen seiner Präsidentschaft schlicht und einfach verschwinden möge.

Das allerdings könnte schwierig werden. Dem Präsidenten, dem man inzwischen eine Statistenrolle zugewiesen hat, bleiben nur noch wenige Monate, um seinen Ruf zu retten und seine Bilanz aufzupolieren, und insofern hat Biden allen Grund, sich in ganzer Grösse zu präsentieren, bevor er einpackt. Davon konnte das Wahlkampfteam von Kamala Harris am Montagabend einen Eindruck gewinnen. Beobachter stellten fest, dass Biden in seiner Rede hauptsächlich seine eigene Person über den grünen Klee lobte und kaum ein anerkennendes Wort über die Präsidentschaftskandidatin seiner Partei verlor.

Bidens Zeit mag abgelaufen sein, fertig ist er noch lange nicht.

Amy Holmes